



Startseite > Kultur > Meinung > Ukraine-Krieg: Die EU muss verstehen, dass sie nicht mehr der Engel ist

Krieg im Nachbarland

Ein Engel mit einem Schwert ist immer noch ein Engel

Kultur

Abo

Der Krieg in der Ukraine stürzt die Europäische Union in größte Probleme. Sie wird ihr Ethos und ihr Auftreten ändern müssen – ihre Institutionen sind darauf allerdings nicht vorbereitet.

10.03.2022, 17.11 Uhr



Der heilige Sankt Michael, Darstellung aus dem Kloster Rila in Bulgarien Foto: iStockphoto / Getty Images

Geschichte ist wie »ein Pferd ohne Reiter, das durch die Nacht galoppiert«. Mit diesem Bild beschrieb der spanische Premierminister Felipe Gonzalez die Nacht, in der die Berliner

Mauer fiel. Seit dem 24. Februar leben wir wieder in einem solchen Moment. In den frühen Morgenstunden dieses Tages stürmte die Geschichte aus den Ställen. Werden wir in der Lage sein, sie wieder zu zügeln?

Der russische Präsident Putin hat sich mit dem Einmarsch in die Ukraine in das Udenkbare gestürzt. Er hat den Rubikon überschritten. Es gibt für ihn keinen Weg zurück. Feuer und Flamme, alles oder nichts. Die Anerkennung der beiden Donbass-Republiken am Montag, dem 21. Februar, öffnete die Tür zum Stall. Innerhalb von drei Tagen begann das Grauen.

Politischer Wille und kühler Kopf sind für die Europäer jetzt von entscheidender Bedeutung. Ersteres ist in Hülle und Fülle vorhanden, letzteres ist Mangelware.

Zum Autor

Foto: ROBINUTRECHT / picture alliance / ANP

Luuk van Middelaar ist Historiker an der Universität Leiden. Bevor er Professor wurde, arbeitete er für den Herman von Rompuy, des ersten Präsidenten des Europäischen Rats. Middelaars Buch »Vom Kontinent zur Union – Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa« von 2016 gilt als Standardwerk zur Geschichte der EU. Zuletzt erschien »Europäisches Pandämonium« über die Bedeutung der Corona-Pandemie für die europäische Politik.

Das geopolitische Erwachen

In Zeiten großer Gefahr werden unerwartete Kräfte freigesetzt. Da ist zum einen die Ukraine, die die ersten Schläge tapfer weggesteckt hat und in der Schlacht um die öffentliche Meinung in Europa einen erstaunlichen Sieg errungen hat. Wir haben es nun nicht mehr mit einem chaotischen Vierzig-Millionen-Einwohner-Land am

Schwarzen Meer zu tun, sondern mit einer Nation, die sich als Trägerin des demokratischen Versprechens Europas präsentiert, mit ihrem Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als universellem Helden.

Mindestens ebenso unerwartet kommt die politische Mobilisierung Deutschlands. Nach Jahren der Zögerlichkeit beabsichtigt die Bundesrepublik nun, ernsthaft aufzurüsten. Außerdem hat sie angefangen, Kiew militärisch zu unterstützen. Berlin bricht mit seiner Wirtschaftspolitik gegenüber Moskau, erkennt seine Abhängigkeit von Gas als strategischen Fehler und stellt sich der Naivität und der Scheinheiligkeit des deutschen Exportmodells. Was die östlichen Nachbarn und mehrere US-amerikanische Präsidenten in vielen Jahren nicht geschafft haben, hat Putin mit einem Schlag vollbracht: Deutschland ist geopolitisch erwacht.

»Die spektakuläre deutsche Wende verleiht der gesamten Europäischen Union mehr Einigkeit und Stärke.«

Bundeskanzler Scholz sprach im Bundestag von einer »Zeitenwende«. Es erinnerte daran, wie Helmut Kohl drei Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer im Bundestag im Alleingang die Pläne zur deutschen Einheit auf den Weg brachte. Diese spektakuläre zweite deutsche »Wende« verleiht der gesamten Europäischen Union mehr Einigkeit und Stärke. Europa setzt seine Wirtschaftskraft ein und zeigt sich bereit, im Interesse von Sicherheit und Frieden Einbußen in seinem Lebensstandard in Kauf zu nehmen. Diese Bereitschaft zu großen wirtschaftlichen Opfern ist neu und zeugt von einem sich vertiefenden politisch-strategischen Verständnis. Es ist bemerkenswert, dass die Europäische Union Waffen im Wert von 450 Millionen Euro an Kiew liefert, etwas, das bis letzte Woche tabu war. Die EU hat den Eindruck, damit ihren ganz eigenen Rubikon zu überschreiten. Das europäische

Friedensbündnis ist nun Partei in einem Konflikt mit einer militärischen und nuklearen Supermacht.

Aber die Auswirkungen des deutschen Erwachens reichen weiter. Solange das mächtigste Land Europas militärisch zurückhaltend war, konnte Europa nicht stark sein. Jetzt, da Deutschland in seine Armee investiert und die Realitäten der internationalen Machtpolitik akzeptiert, kann sich vieles ändern. Solange der Impuls für geopolitisches Handeln vor allem von Frankreich ausging – so war es von General De Gaulle bis zu Präsident Macron – blieben die meisten anderen Staaten einem größeren europäischem Engagement in militärischen Dingen gegenüber misstrauisch. Jetzt, da Berlin sein Engagement erhöht, wird sich Paris weniger allein fühlen. Andere Nachzügler bei den Verteidigungsausgaben, wie die Niederlande oder Italien, werden sich nicht mehr hinter Deutschland verstecken können.

Der französische General Charles de Gaulle, 1944 Foto: Serge DE SAZO / Gamma-Rapho / Getty Images

Die neue Rolle für Polen

Die jüngsten Ereignisse bestärken aber auch Polen und die anderen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten.

Jahrelang sah man deren Warnungen vor Russland in den Hauptstädten Europas im Westen und Süden (außer vielleicht in London) als Übertreibungen. Dies hat sich nun geändert. Man wird sich auch in den Einschätzungen von Bedrohungen und Risiken annähern: Das ist die Voraussetzung für gemeinsames geopolitisches Handeln.

Man sollte auch nicht vergessen, dass der polnische Premierminister zusammen mit dem litauischen Präsidenten vor der deutschen »Zeitenwende« nach Berlin kam, um an das Gewissen von Scholz zu appellieren. Auch das war noch vor wenigen Wochen undenkbar. Da saß Polen auf der Anklagebank, weil es gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen hatte. Heute übertrumpfen Frieden und Sicherheit diese gerechtfertigten Sorgen.

Erleben wir wieder einen deutschen Fukushima-Augenblick, einen raschen emotionalen politischen Wandel – ohne die Folgen durchdacht zu haben?

Es gibt eine Menge Beifall, mit dem Deutschlands geopolitisches Erwachen im übrigen Europa (und in den Vereinigten Staaten) begrüßt wird. Es klingt aber auch ein gewisses Unbehagen durch. Wie wird sich dieser plötzliche Wandel auf lange Sicht auswirken? Bei aller Verlässlichkeit, die die Nachbarn mit Deutschland verbinden, hat dieses Land auch etwas Rätselhaftes. Erleben wir wieder einen dieser Momente emotionalen politischen Wandels, wie nach der Katastrophe von Fukushima, als die deutsche Öffentlichkeit sich selbst überraschte und innerhalb weniger Tage einen neuen Konsens zur Atomenergie fand – ohne die langfristigen Folgen durchdacht zu haben?

Zeitenwenden sind rücksichtslose Momente

Wir sehen also politische Energie in Hülle und Fülle, in Deutschland und in Europa. Woran es fehlt, ist strategische Ruhe. Und das ist besorgniserregend. Der Twitter-Triumphalismus über die offensichtlichen militärischen Fehler der russischen Armee ist verfrüht.

Einen kühlen Kopf zu bewahren, ist jetzt eine Frage von Leben und Tod. Absolute Priorität hat die Abwendung der Gefahr eines Atomkriegs. Darauf zu beharren, dass Putin blufft, ist unverantwortlich. Diese Tatsache scheint nicht bei allen führenden Politikern angekommen zu sein. An dem Tag, an dem die EU ihre Waffenlieferungen verkündete, stellte die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen der Ukraine voreilig eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht. Selenskyj reichte prompt den offiziellen Antrag ein. Polen und andere osteuropäische Länder jubelten und die Mitglieder des Europäischen Parlaments applaudierten. Die etwas zögerlicheren Mitgliedstaaten schweigen oder sprechen von Verfahren und Zeitplänen, niemand möchte in diesem Augenblick den Ukrainern einen Hoffnungsschimmer nehmen.

»Zeitenwenden« sind Momente der Rücksichtslosigkeit. Trotzdem ist es fahrlässig, wenn von der Leyen ignoriert, dass für den Kreml, den wir zur Vernunft bringen wollen, die Versprechen auf Nato- und EU-Versprechen seit 2008 und 2014 eine primäre Konfliktquelle sind. In einem Moment hoher Spannung sind diplomatische Formeln wie »langfristige Perspektive« oder »vielleicht eines Tages« kontraproduktiv. Es ist tragisch, aber solche Erklärungen kommen im besten Fall zu früh. Schlimmstenfalls werden sie ein weiteres falsches Versprechen sein. Der heute beginnende EU-Gipfel in Versailles darf für die EU nicht das wiederholen, was der berüchtigte Gipfel in Bukarest im April 2008 für die Nato war – als der Ukraine und Georgien schon einmal die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, obwohl klar war, dass sie nicht kommen wird.

Der ukrainische Präsident Selenskyj bei seiner Rede vor dem britischen Unterhaus
Foto: Office of the President of Ukraine / picture alliance / dpa

Und wie sollen wir uns das Ergebnis vorstellen: Die ehemalige Sowjetrepublik Ukraine tritt der EU bei, ohne gleichzeitig Mitglied der Nato zu werden? Letzteres würde bedeuten, eine geopolitische rote Linie zu überschreiten, damit würde ein Atomkrieg zwischen Amerika und Russland zumindest riskiert. Doch wie sollte die EU die Ukraine ohne die USA aus den Fängen Moskaus befreien? Es gibt im EU-Vertrag eine Militärhilfeklausel, den Artikel 42.7, eine Art Gegenstück zu Artikel 5 des Nato-Vertrages. Aber er ist nie erprobt worden. Georgien und die Republik Moldau, weitere Länder, die sich dem Zugriff Moskaus entziehen wollen, sind der Ukraine sofort gefolgt und haben ebenfalls einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt.

Während der großen Osterweiterung der Europäischen Union traten Polen und die anderen neuen Mitglieder immer zuerst der Nato bei, erst danach der EU. Für einige (wie Polen) gab es eine Lücke von fünf Jahren, für andere (wie Slowenien) nur ein paar Wochen, aber die nukleare Sicherheitsgarantie kam aus gutem Grund immer vor dem EU-Beitritt. Das Gegenbeispiel wären Finnland und Schweden, die in der EU sind, aber außerhalb der Nato (ebenso wie Österreich, Irland und Zypern). Aber diese Staaten waren im Kalten Krieg neutral und lagen nicht hinter dem Eisernen Vorhang.

Angesichts der russischen Bedrohung könnten nun auch Finnland und Schweden dem Bündnis beitreten wollen. Für die Union könnte es dringlicher sein, die strategische Ambiguität für diese Mitglieder zu verringern (wenn sie dies wünschen), als sie für alle gefährlich zu vergrößern.

Europa muss realistisch werden

All das zeigt, dass dieser Krieg Europa in tiefe Probleme stürzt. Europa hat sich noch immer nicht von seiner strategischen Sorglosigkeit befreit. Wie sollte es auch anders sein? Das neue Denken in Begriffen von »Macht«, »Interessen« und »Identität«, in Begriffen von »Geschichte« und »Geografie« steht im grundlegenden Widerspruch zum traditionellen Selbstverständnis Brüssels als neutralem und offenen Raum. Die EU wurde einmal gegründet, um Machtpolitik zu überwinden, Grenzen und Mauern niederzureißen und nationale Rivalitäten zu entschärfen. Ihre Gründer sahen die Gemeinschaft als Vorhut des Weltfriedens, nicht als einen Akteur, der sich mit den anderen misst. Europa sollte ein moralisches Leuchtfeuer sein, das die Sprache der Werte spricht, freundlich und hochmütig zugleich. Diese Berufung wurde nach 1989 noch verstärkt: Europa war das Ende der Geschichte.

Jetzt, wo die Geschichte so brutal zurückgekommen ist, wird es Zeit brauchen, diese Mängel zu korrigieren. Der bloße Ruf nach einer »geopolitischen Kommission« (wie von der Leyen es nennt) oder nach mehr »europäischer Souveränität« (wie es im deutschen Koalitionsvertrag steht) reicht nicht aus. Ebenso wenig wie die Lieferung von Waffen an Kiew. Die real existierenden Institutionen der EU sind überfordert mit diesem Wandel. Ein Engel mit einem Schwert ist immer noch ein Engel.

»Wenn Europa als eine Macht unter Mächten auftreten will, wird es eine

andere politische Sprache brauchen, den Ethos und das Auftreten ändern müssen.«

Wenn Europa als eine Macht unter Mächten auftreten will, die irgendwann sogar in der Lage ist, zerstörerische militärische Kräfte zu befehligen, wird es eine andere politische Sprache brauchen, um über sich selbst und seinen Platz in der Welt zu sprechen. Die Europäische Union wird ihr Ethos und ihr Auftreten ändern müssen. Sie muss verstehen, dass sie dann nicht mehr der Engel ist, der den Kontinent und die Welt vom Bösen und der Tyrannei befreit – sondern ein sterblicher, strategischer und realpolitischer Akteur, der auch die Grenzen seiner Macht und seiner Zeit kennt.

In den kommenden Tagen, Wochen und Monaten wird eine entscheidende Frage lauten: Können wir die Koexistenz mit einem geopolitischen Gegner akzeptieren, sei es in Moskau oder Peking? Werden wir es schaffen, ihn nicht als den leibhaftigen Teufel zu sehen? Nicht zu versuchen, ihn zu zerstören, um uns nicht (schon wieder!) in eine posthistorische Zukunft des universellen Friedens zu projizieren? Wird es gelingen, mit ihm als Rivalen umzugehen? Politisch gesehen ist das vielleicht der wahre Rubikon, den Europa überschreiten muss.

*Übersetzt von Tobias Rapp. **S***

Diskutieren Sie mit

Feedback

Mehr lesen über

Meinung

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Russland